

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

November/ Dezember 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 30. November bis zum 06. Dezember 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

EU-Kommission begrüßt Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon trat am 01.12. in Kraft. Zu diesem Anlass richteten die portugiesische Regierung, die schwedische Präsidentschaft und die Europäische Kommission eine gemeinsame Feier in Lissabon aus. Die Kommission ist überzeugt, dass die Debatte über institutionelle Fragen auf absehbare Zeit beendet sein wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1855&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://europa.eu/lisbon_treaty

http://europa.eu/lisbon_treaty

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Gipfeltreffen EU-Ukraine am 4. Dezember in Kiew

Am 4. Dezember fand in Kiew das 13. Gipfeltreffen EU-Ukraine statt. Das Gipfeltreffen bot eine Gelegenheit zur Erörterung gemeinsamer Lösungsansätze für Probleme wie den Klimawandel, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die Energieversorgungssicherheit. Weitere wichtige Tagesordnungspunkte waren die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft und die Durchführung von Kooperationsmaßnahmen in Bereichen wie Energie, Freiheit, Sicherheit und Recht sowie Verkehr und Umwelt. Zu den internationalen Themen, die zur Sprache gebracht wurden sollen, zählten die Beziehungen zu Belarus, der Republik Moldau und der Russischen Föderation.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1873&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/

<http://ec.europa.eu/eurostat>

Ministertreffen zur Östlichen Partnerschaft am 08.12. in Brüssel

Details zu dieser neuen Initiative der EU zur Intensivierung der Beziehung mit den Staaten Osteuropas und des Südlichen Kaukasus finden Sie auf der Webseite der EU-Kommission:

http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm

Konferenz zu Westbalkan am 09.12. in Brüssel

Die EU-Kommission und die schwedische Ratspräsidentschaft veranstalten eine Konferenz zum Thema Regionale Integration und Überwindung der Wirtschaftskrise zu der etwa 200 hochrangige Teilnehmer aus den Westbalkanstaaten, der EU, der Türkei, den USA, Russland, Norwegen, Island, der Schweiz und Moldawien erwartet werden. Ferner nehmen größere internationale Finanzinstitute wie die Europäische Investitionsbank, die Osteuropabank (BERD), die Weltbank und die Entwicklungsbank des Europarates teil.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1879&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr>

b) Außenhandel

Verlängerung der Antidumpingmaßnahmen für Lederschuhe um 15 Monate

Die Kommission hat dem Rat am 02.12. eine fünfzehnmonatige Verlängerung der Antidumpingmaßnahmen gegen bestimmte Lederschuhe aus China und Vietnam vorgeschlagen. Die ursprünglich im Jahr 2006 festgelegten Zölle betragen 16,5 % für Schuhe aus China und 10 % für Schuhe aus Vietnam. Der Beschluss, der spätestens am 2. Januar 2010 veröffentlicht werden sollte, liegt nun in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1859&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU Überschuss im Dienstleistungsverkehr fiel im Jahr 2008 auf 78 Mrd. Euro

Im Jahr 2008 verzeichnete die EU27 im Dienstleistungsverkehr mit Drittländern einen Überschuss von 78,4 Mrd. Euro, gegenüber einem Überschuss von 86,9 Mrd. im Jahr 2007 und einem Überschuss von 71,4 Mrd. im Jahr 2006. Dieser verringerte Überschuss im Jahr 2008 war hauptsächlich auf geringere Überschüsse bei Finanzdienstleistungen (+30,7 Mrd. im Jahr 2008 verglichen mit +33,3 Mrd. im Jahr 2007) und bei " Sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen ", dazu gehören sonstige Handelsleistungen, übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen (+33,1 Mrd. verglichen mit +35,6 Mrd.), zurückzuführen sowie auf erhöhte Defizite bei Patenten und Lizenzen (-13,8 Mrd. verglichen mit -8,5 Mrd.) und beim Reiseverkehr (-20,3 Mrd. verglichen mit -18,7 Mrd.).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/169&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Gebietskörperschaften bei Kolloquium über Entwicklung

Am 02.12. kamen im Ausschuss der Regionen lokale und regionale Gebietskörperschaften, Entwicklungsländer und EU-Institutionen in Brüssel zum ersten informellen Kolloquium dieser Art zusammen. Rund 300 Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften aus aller Welt trafen entsprechende Vertreter aus der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1838&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://cor.europa.eu/pages/EventTemplate.aspx?view=detail&id=d088dd6e-badd-4c73-af78-f3feb94e2f70>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales und Chancengleichheit

EU-Minister vereinbaren längeren und gerechter verteilten Elternurlaub

Die zuständigen Minister der Mitgliedstaaten vereinbarten am 01.12., dass Eltern künftig Anspruch auf einen längeren Elternurlaub haben. Nach der geänderten Richtlinie über Elternurlaub können berufstätige Eltern nach Geburt oder Adoption eines Kindes einen mindestens viermonatigen Urlaub nehmen (bisher drei Monate). Als Anreiz für Väter wurde eingeführt, dass mindestens einer der vier Monate sich nicht auf den Partner übertragen lässt

und verfällt, wenn er nicht in Anspruch genommen wird. Mit der Richtlinie wird einer Vereinbarung der europäischen Sozialpartner Wirkung verliehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1854&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Beitritt der EU zum UN-Übereinkommen für Rechte behinderter Menschen

Am 26.11. gab der Rat seine Zustimmung zum Beitritt der EU zum Übereinkommen der Vereinten Nationen für die Rechte behinderter Menschen von 2006. Bei dem Übereinkommen handelt es sich um das erste internationale rechtsverbindliche Instrument, in dem Mindeststandards für den Schutz und die Wahrung einer ganzen Reihe von bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten der Menschen mit Behinderungen weltweit festgeschrieben sind. Es ist auch das erste umfassende Menschenrechtsübereinkommen, dem die EU beitrifft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1850&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.un.org/disabilities/>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=431&langId=de>

Konferenz von Europarat und EU-Kommission zu Adoptionen

Die Konferenz fand am 30.11./01.12. in Straßburg statt. Am ersten Konferenztage lag der Schwerpunkt auf der nationalen Adoption, der zweite Tag widmete sich der internationalen Adoption. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmer die Anwendung des Haager Übereinkommens über die internationale Adoption aus dem Jahre 1993, die besonderen Probleme in den EU-Mitgliedstaaten und die Ergebnisse vergleichender Studien erörtert, die die Europäische Kommission und das Europäische Parlament zu diesem Thema in Auftrag gegeben haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1839&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

www.coe.int/family

www.adoptionprocedures.net

Arbeitslosenquote der Eurozone im Oktober stabil auf 9,8%; EU 9,3%

In der Eurozone (EZ16) lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Oktober 2009 bei 9,8% und damit genau so hoch wie im September. Im Oktober 2008 betrug sie 7,9%. In der EU27 lag die Arbeitslosenquote im Oktober 2009 bei 9,3%, gegenüber 9,2% im September. Im Oktober 2008 hatte sie 7,3% betragen. Die niedrigsten Anstiege waren in Deutschland (von 7,1% auf 7,5%) und Österreich (von 4,0% auf 4,7%) zu verzeichnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/170&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Gesundheit

Richtlinie zur Patientenmobilität gescheitert

Die EU-Gesundheitsminister erreichten am 30.11./01.12. keine qualifizierte Mehrheit, da Spanien, Portugal, Polen, Griechenland und Rumänien wegen der Einbeziehung privater Gesundheitsdienstleister ein Veto einlegten. Spanien befürchtete ferner eine Überlastung seines Gesundheitssystems wegen einer großen Zahl in Spanien versicherter ausländischer Rentner. Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou hat nach Presseberichten heftig reagiert und angedeutet, dass die Kommission den Vorschlag zurückziehen und die künftige Regelung dem Europäischen Gerichtshof über Einzelfallentscheidungen überlassen könnte. Spanien strebt, unter seiner Präsidentschaft im kommenden Halbjahr, einen neuen Text an.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lsa/111599.pdf (Council Employment)

Gleichbehandlung von Frauen und Männern mit selbständiger Tätigkeit

Die EU-Sozialminister erzielten eine politische Einigung zum Richtlinienvorschlag zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausüben. Damit soll der Schutz der "mitarbeitenden Ehefrau" bzw. Der Lebenspartnerin verbessert werden, etwa durch Inanspruchnahme von Mutterschaftsleistungen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/111599.pdf (Council Employment)

Unterstützung aus EU-Globalisierungsfonds für Mitarbeiter von Karmann

Die EU-Kommission hat am 30.11. einen Antrag Deutschlands auf Unterstützung von 1793 vom Automobil-Zulieferer Karmann entlassenen Mitarbeiter mit 6.2 Mio. EUR genehmigt. Diese Entscheidung bedarf noch der Zustimmung von Rat und EP.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1847&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/egf>

1. 30 % der Weihnachtslichterketten „großes Sicherheitsrisiko“ im Haushalt

Nach einem Bericht der EU-Kommission über Marktüberwachungsmaßnahmen in Ungarn, Deutschland, Slowakei, Slowenien und Niederlande sind bei etwa 30% der geprüften Lichterketten schwerwiegende Sicherheitsmängel wie Risiken von Stromschlag und Überhitzung bzw. Bränden festgestellt worden. Weitere 40% wiesen weniger schwerwiegende Sicherheitsmängel wie fehlende Bedienungsanleitungen oder mangelhafte Kennzeichnung auf. In Deutschland waren nur 11.3% der Lichterketten in jeder Hinsicht fehlerfrei, 16.1% wiesen schwerwiegende und 45.2% weniger schwerwiegende Sicherheitsmängel auf, 27.4% der Lichterketten hatten sonstige Fehler. In Deutschland war das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in München eingeschaltet. Rund 41% der 196 geprüften Produkte stammten aus China.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1864&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/532&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Telefonnummern für Kriminalitätsoffer und medizinische Beratungshotlines

Für diese Fälle werden nach einem am 30.11. von der Europäischen Kommission gefassten Beschluss bald überall in der EU so genannte „Helplines“ zur Verfügung stehen. So werden zwei neue „116er“-Nummern für soziale Dienste reserviert. Unter den Nummern 116 006 und 116 117 können Kriminalitätsoffer und Menschen, die außerhalb von Notfällen medizinische Dienste benötigen, künftig überall in der EU Hilfe erhalten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1842&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/library/legislation/index_en.htm#decisions

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecomm/current/pan_european/index_en.htm

EU-Kommission genehmigt Einzeldosis von Schweinegrippeimpfstoff

Während bisher eine Zwei-Dosen-Impfung für die drei zentral zugelassenen H1N1v-Impfstoffe Focetria®, Pandemrix® und Celvapan® erforderlich war, genügt nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen eine einzige Dosis Focetria® und Pandemrix® für Erwachsene zwischen 18 und 60 Jahren. Für Kinder und Heranwachsende ab 9 Jahren genügt eine Dosis Focetria®, und ab 10 Jahren eine Dosis Pandemrix®. Pandemrix® kann auch als Einzeldosis für Ältere über 60 eingesetzt werden.

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Kommission lässt Genmais MIR604 zu

Die Kommission bewilligte am 30.11. für 10 Jahre den Import dieses Genmais für die Nahrungs- und Futtermittelerzeugung. Der Anbau wird damit nicht zugelassen.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

b) Landwirtschaft

Einigung im Rat über Verteilung von 300 Mio. EUR an Milchbauern

Die Mitgliedstaaten billigten am 03.12. den Vorschlag der Kommission zur Aufteilung entsprechend den Quoten im Milchwirtschaftsjahr 2008/2009. Die Mitgliedstaaten müssen bis Ende Februar objektive Kriterien für die Zuteilung an besonders betroffene Bauern benennen. Das Geld muss vor Ende Juni 2010 ausbezahlt werden. Die Aufteilung ist wie folgt (in Mio. EUR): BE 7.21, BG 1.84, CZ 5.79, DK 9.86, **DE 61.20**, EE 1.30, IE 11.50, EL 1.58, ES 12.79, FR 51.13, IT 23.03, CY 0.32, LV 1.45, LT 3.10, LU 0.60, HU 3.57, MT 0.08, NL 24.59, **AT 6.05**, PL 20.21, PT 4.08, RO 5.01, SL 1.14, SK 2.03, FI 4.83, SE 6.43, UK 29.26.

Absatzförderung für EU-Agrarerzeugnisse außerhalb der EU

Die Europäische Kommission hat Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse in Drittländern genehmigt. Die Mitgliedstaaten hatten der Kommission 20 Programme zur Prüfung übermittelt. Die 10 genehmigten Programme stammen aus Frankreich, Griechenland, Italien, Litauen, Polen, Portugal und Rumänien. Bei den Erzeugnissen handelt es sich um g.U und g.g.A, Wein, Obst und Gemüse, Fleisch, Spirituosen, Olivenöl, und Erzeugnisse aus ökologischem Landbau. Die Beteiligung der EU beläuft sich auf 11,1 Mio. EUR (50 % des Gesamtbudgets der Programme).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1849&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Beihilfen in Höhe von bis zu 15 000 EUR für Landwirte in Frankreich

Die Kommission hat am 02.12. eine französische Beihilferegelung im Gesamtvolumen von rund 700 Mio. EUR genehmigt, mit der Landwirten geholfen werden soll, die sich wegen der derzeitigen Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten befinden. Die Beihilfen im Rahmen der neuen Regelung können bis zum 31. Dezember 2010 in Form von Direktbeihilfen, Zinszuschüssen, subventionierten Krediten oder Zuschüssen für die Zahlung der Sozialabgaben gewährt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1866&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Konsultation zu europäischer Rechnungstellung

Die EU-Kommission erbittet bis 26.02.10 Stellungnahmen zu einem Expertenbericht mit Vorschlägen für eine grenzüberschreitende elektronische Rechnungstellung. Hierzu gehören Überlegungen zu neuer Gesetzgebung, zur Interoperabilität, zu Standards und zur Umsetzung. Die elektronische Rechnungstellung sei ein wesentlicher Bestandteil einer effizienten finanziellen

Abwicklungskette. Sie verknüpfe die internen Unternehmensabläufe mit den Zahlungssystemen. Der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum (**SEPA**) biete eine hervorragende Grundlage für eine erfolgreiche europäische Initiative zur elektronischen Rechnungstellung, die den Unternehmen Einsparungen von schätzungsweise 64,5 Milliarden Euro pro Jahr ermögliche.

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/einvoicing/index_de.htm#ongoing
<http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/ict/e-invoicing/>

Geringe Unterstützung für europäische Lösung für Kreditinformationen

Bei der Konsultation zum Bericht der von der Kommission eingesetzten Expertengruppe „Kredithistorien“ stimmte die Mehrheit der Teilnehmer den Ergebnissen der Experten zu, wonach eine komplexe Lösung wie etwa ein gesamteuropäisches Kreditregister abzulehnen sei. Stattdessen sollte die Entscheidung für ein bestimmtes Datenzugriffsmodell vom Markt bestimmt werden. Gegen den Bericht wandten sich die Vertreter der Verbraucher, die von der europäischen Ebene mehr Schutz erwarteten, etwa durch ein bei der Europäischen Zentralbank eingerichtetes Kreditregister.

http://ec.europa.eu/internal_market/finances-retail/credit/history_en.htm

c) Wettbewerbsrecht

Kommission genehmigt 14,3 Mio. EUR für VW in Bratislava

Die Kommission hat eine Beihilfe von 14,3 Mio. EUR, die die slowakische Regierung Volkswagen Slovakia (Teil der Volkswagen AG) für den Umbau einer bestehenden Fertigungsanlage in Bratislava gewähren will, genehmigt. Die Prüfung der Kommission ergab, dass die Maßnahme mit den Regionalbeihilfe-Leitlinien 2007–2013 (siehe [IP/05/1653](#)) vereinbar ist. So werde das Vorhaben, in das Volkswagen Slovakia insgesamt 300 Mio. EUR investiert, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der regionalen Wirtschaft leisten, ohne den Wettbewerb unangemessen zu verzerren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1865&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

d) Steuern

Österreich und Luxemburg verhindern Betrugsbekämpfungsabkommen

Der Ecofin-Rat vertagte am 02.12. wegen Aussichtslosigkeit die Aussprache über das Betrugsbekämpfungsabkommen mit Liechtenstein, das Verhandlungsmandat für Betrugsbekämpfungsabkommen mit Andorra, Monaco, San Marino und die Schweiz, die Überarbeitung der EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie und die Amtshilfe- und Beitreibungsrichtlinie. Hintergrund sind Befürchtungen von Österreich und Luxemburg hinsichtlich der Wahrung ihres Bankgeheimnisses. Bei einer Einigung über einen Informationsaustausch der EU mit allen genannten Staaten stünde ihr Privileg einer Quellensteuer statt einem Informationsaustausch zur Disposition.

Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug beim Emissionszertifikatehandel

Die EU-Finanzminister stimmten am 02.12. einer Sonderregelung zu, wonach beim Emissionszertifikatehandel bis 30.06.15 zur Bekämpfung von Karrusellbetrug der Kunde anstelle des Lieferanten die Mehrwertsteuer zu entrichten hat („reverse charge“). Bei Mobiltelefonen und integrierten Schaltkreisen können die betroffenen Mitgliedstaaten diese Umkehrung der normalen Steuerpflicht bis zum Erlass einer neuen Entscheidung oder einer neuen Richtlinie fortführen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf (Council Ecofin)

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

Durchbruch beim Europäischen Gemeinschaftspatent

Die EU-Wirtschaftsminister einigten sich im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 03./04.12. auf eine allgemeine Ausrichtung zu einem einheitlichen EU-Patent. Die EU-Patentverordnung soll zusammen mit einer Verordnung über das Sprachenregime in Kraft treten. Es bleibt damit noch offen, ob in Europa ein Patent wegen der Übersetzungskosten weiterhin etwa 70.00 EUR kosten wird, gegenüber 20.000 EUR in den USA. Vorbehaltlich eines Rechtsgutachtens des Europäischen Gerichtshofes ist ferner eine regional aufgeteilte erstinstanzliche europäische Patentgerichtsbarkeit mit einem einzigen Berufungsgericht unter Anbindung an den Europäischen Gerichtshof als Rechtskontrollinstanz geplant.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/intm/111732.pdf

BIP in der Eurozone um 0,4% und in der EU27 um 0,3% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist das BIP im dritten Quartal 2009 in der Eurozone (EZ16) um 0,4% und der EU27 um 0,3% gestiegen. Dies geht aus ersten Schätzungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht werden. Im zweiten Quartal 2009 waren die entsprechenden Wachstumsraten -0,2% in der Eurozone und -0,3% in der EU27. Im Vergleich zum dritten Quartal 2008 ist das saisonbereinigte BIP in der Eurozone um 4,1% und in der EU27 um 4,3% gesunken, nach jeweils -4,8% bzw. -5,0% im Vorquartal.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/173&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Inflationsrate der Eurozone im November auf 0,6% geschätzt

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone für November 2009 wird auf 0,6% vorausgeschätzt. Im Oktober lag die Rate bei -0,1%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/168&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Kommission erzwingt Öffnung von französischem Gasmarkt

Die Kommission hat die von dem französischen Energieunternehmen GDF Suez angebotenen Verpflichtungszusagen für verbindlich erklärt. Mit den Verpflichtungszusagen werden die Bedenken der Kommission ausgeräumt, GDF Suez könnte Wettbewerbern den Zugang zur Infrastruktur für Gasimporte nach Frankreich verwehren und damit gegen die EU-Vorschriften über den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung verstoßen haben (Artikel 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) 1, siehe [MEMO/08/328](#) und [IP/09/1097](#)). Um die Bedenken der Kommission auszuräumen, bot GDF Suez an, seine langfristigen Buchungen von Gasimportkapazitäten in Frankreich umfassend und in struktureller Weise zu reduzieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1872&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/536&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/569&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr> (Rede Kroes)

b) Finanzen

Ecofin-Rat für Europäisches Finanzaufsichtssystem für Mikroebene.

Die EU-Finanzminister sprachen sich am 02.12. einhellig für ein Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS) aus einem Netz nationaler Finanzaufsichtsbehörden und drei neuen europäischen Finanzaufsichtsbehörden aus, nämlich der Europäischen Bankaufsichtsbehörde, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung und der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde. Die neuen Behörden sollen technische Standards vorschlagen und für deren Durchsetzung zu sorgen, Differenzen zwischen nationalen Aufsichtsbehörden beilegen und die Koordinierung erleichtern. Anders als von der Kommission vorgeschlagen, sollen die Behörden jedoch keine verbindlichen Schiedssprüche fällen können. Die Vorschläge bedürfen der Zustimmung durch das Europäische Parlament. Die Koordinatoren der vier größten Fraktionen haben sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die vor allem auf britischen Wunsch erfolgte Abschwächung der europäischen Aufsicht gewandt.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=425&lang=de>

<http://www.sven-giegold.de/2009/europaisches-parlament-wird-sich-gegen-die-verwässerung-der-neuen-aufsichtsbehörden-stellen/>

Defizitverfahren gegen Deutschland und Österreich eingeleitet

Nach dem Beschluss des Ecofin-Rates vom 02.12. müssen Deutschland, Österreich, Tschechien, Spanien, die Niederlande, Frankreich, Portugal, die Slowakei und Slowenien ihr Haushaltsdefizit bis 2013 unter 3%/BIP drücken. Irland erhält einen Aufschub bis 2014 und das Vereinigte Königreich bis zum Haushaltsjahr 2014/2015. Belgien und Italien müssen das Defizitkriterium bereits 2012 einhalten. Bei Griechenland wurde die Nichtbefolgung der bisherigen Auflagen förmlich festgestellt, so dass ein verschärftes Defizitverfahren eingeleitet wird, das zu präzisen Auflagen und letztlich zur Festsetzung von Zwangsgeldern führen kann.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf (Council Ecofin)

EU-Finanzminister für Exitstrategien aus Krisenmaßnahmen

Der Rat Ecofin hielt es am 02.12. noch für verfrüht, mit dem Ausstieg zu beginnen. Es müssten aber bereits jetzt Strategien für ein koordiniertes Zurückfahren der in der Krise ergriffenen Maßnahmen entwickelt werden. Hierbei sei den Gegebenheiten in den einzelnen Staaten Rechnung zu tragen. Als erstes käme ein Auslaufen der Staatsbürgschaften in Frage.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf (Council Ecofin)

EU-Finanzminister fordern Strukturreformen

In seiner Stellungnahme zur Post-2010 Lissabon-Agenda sprach sich der Ecofin-Rat für eine Umstellung der Krisenmaßnahmen auf eine Wachstumspolitik mit nachhaltigen öffentlichen Finanzen gemäß dem Stabilitäts- und Wachstumspakt aus.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf (Council Ecofin)

Ecofin-Rat beschließt Leitlinien zum Krisenmanagement

Die EU-Finanzminister sprachen sich am 02.12. erneut für eine Stärkung der Aufsichtsbehörden und für ein koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten aus. Priorität komme der Ausarbeitung eines gemeinsamen Systems von Frühwarnindikatoren zu. Ferner sollten Vorkehrungen getroffen werden, damit Banken jeglicher Größe abgewickelt werden können. Für grenzüberschreitend tätige Banken sollte ein Rahmenwerk für Krisenmanagement erstellt werden. Ferner soll die Kommission Überlegungen zu einer weiteren Harmonisierung des Insolvenzrechts in der EU anstellen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf (Council Ecofin)

Europäische Zentralbank behält niedriges Zinsniveau bei

Wie erwartet beschloss der EZB-Rat am 03.12., den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die

Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet begründete diese Entscheidung mit einer geringen mittelfristigen Inflationserwartung und einer allmählichen Erholung der Wirtschaft. Nach den Projektionen der Experten der EZB liege die Inflationsrate 2009 bei 0,3%, 2010 zwischen 0,9 und 1,7% und 2011 zwischen 0,8 und 2%. Das BIP-Wachstum werde für 2009 auf zwischen -4,1 und -3,9%, für 2010 auf zwischen 0,1 und 1,5% und für 2011 auf zwischen 0,2 und 2,2% geschätzt. Im September ist das BIP-Wachstum für 2010 noch auf zwischen -0,5 und 0,9% geschätzt worden.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2009/html/pr091203.de.html> (PM EZB=

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2009/html/is091203.en.html> (Trichet)

<http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/eurosystemstaffprojections200912en.pdf?37b4b31954af75131a609c14125ccd64> (macroeconomic projections)

Weitere unbegrenzte Liquiditätszuführung durch EZB bis April 2010

Der EZB-Rat beschloss am 03.12. ferner eine Fortführung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit festem Zinssatz und voller Zuteilung mindestens bis Anfang April 2010. Für das letzte Hauptrefinanzierungsgeschäft über 12 Monate, vom 16.12., wird der Zins beim Laufzeitende am 23.12.10 nach dem Durchschnitt der Mindestbietungsraten über die Laufzeit des Tenders berechnet. Am 31.03.10 wird die letzte Hauptrefinanzierungsoperation über sechs Monate, mit voller Zuteilung zu einem festen Zinssatz, durchgeführt. Nach dem ersten Quartal 2010 will die EZB die Liquiditätseffekte der im zweiten Halbjahr fällig werdenden 12-Monats-Tender glätten. EZB-Präsident Trichet erklärte hierzu, dass die nicht mehr benötigten nicht orthodoxen Maßnahmen abgewickelt würden, aber auch dass die EZB keinerlei Zinssignal aussenden wolle.

http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2009/html/pr091203_1.en.html

Neubesetzungen in Eurogruppe und EZB im Januar 2010

Nachdem sich die Eurogruppe am 01.12. noch nicht auf eine Besetzung des Vorsitzes entsprechend der Neuregelung des Lissabon-Vertrags einigen konnte, wurde die Entscheidung auf die nächste Sitzung, im Januar, vertagt. Nach dem Vertrag ist der Vorsitzende auf zweieinhalb Jahre zu bestellen. Außerdem steht ihm künftig ein eigenes Sekretariat zu. Als Favorit gilt weiterhin der derzeitige Vorsitzende des informellen Gremiums, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker. Außerdem wird im Januar der Nachfolger für den griechischen EZB-Vizepräsidenten Lucas Papademos bestimmt. Als ausgemacht gilt, dass er aus einem der vier kleinen Gründungsmitgliedstaaten des Euroraums kommt, die noch nie im EZB-Rat vertreten waren. Dies sind Luxemburg, Belgien, Irland und Portugal.

Derivate-Märkte sollen sicherer werden

In seinen Schlussfolgerungen vom 02.12. sprach sich der Ecofin-Rat für die von den G20-Gipfelteilnehmern am 25.09. beschlossenen Grundsätze aus, wonach alle standardisierten Derivate über Börsen oder elektronische Plattformen gehandelt und bis spätestens Ende 2012 über zentrale Clearingstellen abgewickelt werden sollten. Für nicht standardisierte Produkte sollen höhere Eigenkapitalanforderungen gelten. Aufsichtsbehörden und Zentralbanken müssten ungehinderten Zugang zu Informationen über Derivate-Transaktionen haben. Die Zeit für eine Regulierung „light“ sei vorbei. Nunmehr müssten mit ehrgeizigen Maßnahmen die Risiken vermindert werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/111706.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Keine Einigung über Stockholm-Programm für Justiz und Inneres

Die Justiz- und Innenminister konnten sich bei ihrem Treffen am 30.11. noch nicht über alle offenen Punkte einigen. Die schwedische Ratspräsidentschaft hofft jedoch, bis zum Europäischen Rat am 10./11.12. zu einer Einigung über das Mehrjahresprogramm zu gelangen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

Vermeidung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren

Der Rat fasste am 30.11. einen Rahmenbeschluss zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08535.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14567-ad01.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st14/st14567.de09.pdf>

Fortschritte bei Vorschlag zu sexuellem Missbrauch von Kindern

Der Rat nahm einen Sachstandsbericht zum Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates zur Kenntnis. Nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages muss der Vorschlag auf neuer rechtlicher Grundlage erneut eingebracht werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08150-co01.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08150-ad02co01.de09.pdf>

Aussprache über Vorschlag zur Bekämpfung von Menschenhandel

Die EU-Justizminister stellten eine Einigung über die meisten Punkte fest. Die Ergebnisse werden in einen Vorschlag auf einer neuen Rechtsgrundlage einfließen. Außerdem diskutierten sie die Umsetzung der Strategie für die externe Dimension im Bereich Justiz und Inneres: Freiheit, Sicherheit und Recht im globalen Maßstab – Maßnahmenorientiertes Papier zur Stärkung der externen Dimension der EU in Bezug auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels: Auf dem Weg zu globalen Maßnahmen der EU gegen den Menschenhandel.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08151-co02.de09.pdf> (Rahmenbeschluss)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st08/st08151-co01.de09.pdf>

b) Inneres

Rat stimmt Abkommen der EU mit den USA über Zugang zu SWIFT-Daten zu

Die EU-Innenminister fassten am 30.11. einen Beschluss über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und den USA über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der EU an die USA für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus. Das Abkommen sieht seine vorläufige Anwendung ab dem 1. Februar 2010 vor. Deutschland, Österreich und Ungarn enthielten sich der Stimme. Sofern das Abkommen nicht vorzeitig gekündigt wird, tritt es am 31.10. 2010 außer Kraft.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16110.de09.pdf>

Heftige Kritik an Vorschlägen zur Asylpolitik

Im Rat Justiz und innere Angelegenheiten wandten sich am 30.11. insbesondere die Innenminister von Deutschland und Österreich gegen die ihrer Ansicht nach zu einseitig an den Interessen der Asylbewerber ausgerichteten Vorschlägen der Kommission zum Asylverfahren und zur Qualifikationsrichtlinie. Gebilligt wurde aber die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen in Malta.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st06/st06700.de09.pdf> (Unterstützungsbüro)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st06/st06700-ad02.de09.pdf>

Weiterhin Gefahren durch Terrorismus

Nach dem Bericht des EU-Koordinators für die Terrorismusbekämpfung, Gilles de Kerchove, sind durch die Polizei in Europa und in den USA eine Reihe von Anschlägen vereitelt worden. Einige hätten sich gegen Massentransportsysteme gerichtet. Ein größeres Risiko sei die zunehmende „Terrorismusbekämpfungs-Müdigkeit“.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

Beschlüsse des Rates zur Umwandlung von Europol in EU-Agentur

Diese betreffen u.a. die Regeln für die Auswahl der Direktoren, die Verarbeitung von Daten, die Vertraulichkeitsregeln, den Umgang mit Analysedaten, den Datenaustausch, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, die Kontrollinstanz und die Gehälteranpassung.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15943.de09.pdf> (Direktoren)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15942.de09.pdf> (Verarbeitung von Daten)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st15/st15135-re01.en09.pdf> (Vertraulichkeit)

Gemeinschaftsrahmen für die Katastrophenverhütung in der EU

Der Rat verabschiedete Schlussfolgerungen zu einem Gemeinschaftsrahmen für die Katastrophenverhütung in der EU in denen zu einer Verbesserung der Prävention und zu mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene aufgerufen wird.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111649.pdf (Council JHA)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15394.de09.pdf>

Reisefreiheit für Bürger Montenegros, Serbiens und Mazedoniens (FYROM)

Die EU hat am 01.12. beschlossen, dass die Bürger Montenegros, Serbiens und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ab dem 19.12. visumfrei in den Schengen-Raum einreisen können.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/111561.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1852&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st15/st15521.de09.pdf> (Verordnung)

Mobilitätspartnerschaft zwischen Europäischer Union und Georgien

Vizepräsident der Europäischen Kommission Jacques Barrot und EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner, der schwedische Innenminister Billström und der georgische Staatsminister für europäische und europäisch-atlantische Integration, Giorgi Baramidze, haben am 01.12. gemeinsam mit den zuständigen Ministern der interessierten Mitgliedstaaten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, **Deutschland**, Estland, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Rumänien, Tschechische Republik und Schweden) eine Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Georgien geschlossen. Mit der Unterzeichnung einer Gemeinsamen Erklärung verpflichten sie sich zur Durchführung konkreter Initiativen im Bereich der Migration.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1853&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16396-ad01.de09.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st16/st16396.de09.pdf>

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

EU-Kommission nimmt an UN-Klimakonferenz teil

Die EU-Kommission unterstrich am 03.12. die entscheidende Bedeutung eines ehrgeizigen Klimaabkommens auf der Konferenz vom 07.-18.12. in Kopenhagen. Kommissionspräsident Barroso und Umweltkommissar Dimas werden an der Konferenz teilnehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1867&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/534&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/climateaction/news_media/index_en.htm

Kommission legt Rechtsmittel gegen Urteile zu Emissionshandel ein

Die Kommission geht gegen die Urteile des Gerichts erster Instanz in den Rechtssachen T-183/07 Polen gegen Kommission und T-263/07 Estland gegen Kommission vor, wonach die Entscheidungen der Kommission zu den nationalen Zuteilungsplänen aufgehoben worden sind. Die Kommission rügt eine zu enge Auslegung ihrer Kompetenzen.

http://ec.europa.eu/environment/climat/emission/index_en.htm

http://ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm

Leitlinien für die Integration von Klimawandel in Wasserpolitik

Bei ihrem Treffen am 30.11. einigten sich die Wasserdirektoren der Mitgliedstaaten auf Leitlinien zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, welche den Klimawandel einbeziehen. So sei im Süden Europas mit geringeren und im Norden mit stärkeren Niederschlägen zu rechnen. Es handelt sich hierbei um die erste Reaktion auf das von der Kommission am 01.04. vorgelegte Weißbuch der EU-Kommission zur Anpassung an den Klimawandel.

http://circa.europa.eu/Public/irc/env/wfd/library?l=/framework_directive/climate_adaptation&vm=detailed&sb=Title

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/519&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/water/index_en.htm

b) Verkehr

Straßenverkehrssicherheit in Europa – Priorität für das nächste Jahrzehnt

Die Europäische Kommission veranstaltete am 04.12. eine Konferenz zu den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation im Vorfeld der Erstellung des Europäischen Aktionsprogramms für Straßenverkehrssicherheit 2011-2020. Dort erörterten mehr als 400 beteiligte Akteure aus unterschiedlichen Bereichen die Probleme und den aktuellen Stand der Straßenverkehrssicherheit in der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1863&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/road_safety/index_de.htm

<http://www.erscharter.eu/de>

Einbringen von Flüssigkeiten in Flugzeugen erst mittelfristig gelockert

Der Ausschuss für Luftsicherheit beschloss aber am 19.11. einen zweistufigen Ausstieg, wonach ab 29.04.2011 Flüssigkeiten, Aerosole und Gels, die an einem Flughafen eines Drittlandes oder an Bord eines Nicht-EU-Flugzeuges erstanden wurden, unter bestimmten – noch nicht näher definierten – Bedingungen in den Sicherheitsbereich eines EU-Flughafens eingebracht werden

dürfen. Ab dem 29.04.2013 können mit Beginn des Einsatzes von Durchleuchtungsgeräten der sog. aufgerüsteten TYP-C Version an allen EU-Flughäfen auch Flüssigkeiten von mehr als 100 ml im Handgepäck mitgeführt werden, sofern sie wie etwa Laptops gesondert durchleuchtet worden sind. Das EP kann innerhalb von drei Monaten Einspruch gegen diese Regelung einlegen. Im Falle einer Ablehnung könnte aber bis Ende April kein neuer Vorschlag in Kraft treten, so dass jeder Mitgliedstaat seine eigene Regelung beschließen könnte.

<http://www.guardian.co.uk/world/2009/nov/24/airports-security-liquids-ban>

Neue Rechte für Bahnreisende in der Europäischen Union

In der am 03.12. in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 über die Rechte von Fahrgästen im Eisenbahnverkehr werden grundlegende Rechte der Reisenden festgeschrieben und den Eisenbahnunternehmen eine Reihe von Haftungspflichten gegenüber ihren Kunden auferlegt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1871&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/passengers/rail/rail_en.htm

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Keine „Regulierungsferien“ für neue Märkte in der Telekommunikation

Wie von Generalanwalt Poiares Maduro vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Bundesrepublik mit dem Telekommunikationsgesetz insoweit gegen europäisches Recht verstoße als „neue Märkte“ nur dann von der Bundesnetzagentur reguliert werden, wenn sonst der Wettbewerb „langfristig“ behindert wird. Ziel dieser Regelung war es, der deutschen Telekom für begrenzte Zeit ein Monopol bei Hochgeschwindigkeitsnetzen (VDSL) zu verschaffen, um Investitionen in diese Netze zu fördern. In der Praxis hat die Telekom allerdings ihr VDSL-Netz bereits für Wettbewerber wie Vodafone geöffnet.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-424/07](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-424/07)

X: Bildung, Forschung, Kultur

Erste EU-„Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ („KICs“)

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) stellt am 17.12. in Budapest die ersten zwei bis drei KICs vor, die aus 20 Bewerbern ausgewählt wurden. Es handelt sich dabei um Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Trägern aus den Bereichen Bildung, Forschung und Wirtschaft.

<http://eit.europa.eu/kics-call.html>